

An den Landesvorstand verwiesene und auf seiner Sitzung vom 15.12.2007 behandelte Anträge des Landesparteitages im Oktober 2007

TOP (LPT)	Antrags-Nr.	Antrag	Antragsteller	Entscheidung
16	16.3	Vorbereitung Kommunalwahl	AK Kommunalwahl	Angenommen
	16.3.1	Änderungsantrag zu 16.3	Ulrike Detjen	Angenommen
	16.4.2	Neufassung von 16.4 (Loseblattsammlung)	Ahmed El Kourai, Ali Atalan u.a.	Angenommen
	16.7	Aufnahme in PRJ NRW	LPR Linksjugend	Angenommen
	16.11	Überwachung (Aufnahme in Wahlprogramm NRW)	KV Gütersloh	Angenommen
	16.15	Treffen der LAGen mit LaVo	9 LAGen	Angenommen – Absprache mit LAG VertreterInnen
	16.17	Webauftritte	Olaf Zwillus	Angenommen
	16.18	Beschluss-Kontrolle	Olaf Zwillus	Angenommen
	16.19	Unterstützung SALZ	KV Dortmund	Angenommen
	16.20	Änderungsantrag 16.19	Wolfgang Huste	Erledigt durch 16.19
	16.22	Kampagnen-Team	KV Soest	An KreissprecherInnen- tagung verwiesen
	16.23	Materialversand	KV Soest	M. Kretschmer erarbeitet Vorschlag für die Kreis- sprecherInnentagung
	16.24	Mindestlohnkampagne	KV Soest	Angenommen – Kampagne läuft bereits
	16.26	Werbung weiblicher Mitglieder	KV Soest	Angenommen – Zur Beratung an LISA
	16.27	Verkopplung Bildungsarbeit	LAG Bildung	Bitte um Änderung an Antragsteller
	Initiativ- antrag10	Solidarität mit dem Lokführerstreik	Marc Treude u.a.	Erledigt durch Streikende

16.3.

Antrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE.NRW

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag beauftragt den Arbeitskreis Kommunalwahlen 2009, bestehend aus Ulrike Detjen (Köln), Ralf Michalowsky (Recklinghausen), Fritz Ludwig (Gütersloh), Bernhard Sander (Wuppertal), Dieter Keller (Solingen), Michael Kretschmer (Landesgeschäftsstelle), Rainer Sauer (Borken), Andreas Müller (Aachen), Bernhard Pickert-Goldenbogen (Neuss), Utz Kowalewski (Dortmund) und weitere...

als Arbeitskreis des Landesverbandes seine Arbeit zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009 fortzusetzen. Der Arbeitskreis tagt parteiöffentlich.

Der Arbeitskreis wird beauftragt, im Dezember 07/Januar 08 eine Beratung mit den Kreissprecherinnen und Kreissprechern zur Vorbereitung der Kommunalwahlen und zur Auswertung der Erfahrungen des Wahlkampfes des SP Niederlande und des Bremer Wahlkampfes zu organisieren und durchzuführen.

Der Arbeitskreis wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand ein Weiterbildungs- bzw. Schulungsprogramm für Ratsmitglieder sowie BewerberInnen und Bewerber zu den Kommunalwahlen zu entwickeln und 2008/2009 umzusetzen. Das kommunalpolitische forum nrw e.V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und im Bund werden dabei um Unterstützung gebeten.

Der Arbeitskreis wird beauftragt, für den Landesvorstand „Kommunalpolitische Leitlinien für den Landesverband der Partei DIE LINKE. NRW“ bis zum Sommer 2008 zu entwickeln und den Vorstand bei der Organisation des Diskussionsprozesses in den Kreisverbänden zu unterstützen.

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, die Kommunalwahlen 2009 langfristig in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis, den Kreisverbänden und der Bundesebene vorzubereiten. Der Landesvorstand soll bis zum Frühjahr 2008 einen Antrag zu den Schwerpunkten des Kommunalwahlkampfes, den Zielen, die DIE LINKE bei der Kandidatur erreichen will, und zum organisatorischen Rahmen des Wahlkampfes vorlegen. Er wird beauftragt, Bündnispartnerinnen und -partner für die Kommunalwahl zu finden, die die Kandidatur der Partei DIE LINKE. unterstützen und LINKE Kommunalpolitik weiterentwickeln wollen.

Ulrike Detjen, Ralf Michalowsky, Bernhard Pickert-Goldenbogen, Bernhard Sander, Andreas Müller, Wolfgang Huste, Michael Kretschmer und weitere UnterstützerInnen

Antrag angenommen

16.3.1

Änderungsantrag zu 16.3 von Ulrike Detjen

Änderung Absatz 4 Ende:

...werden dabei „im Rahmen ihrer Satzungsgemäßen Aufgaben“ um Unterstützung gebeten.

Einfügen als letzter Satz:

Die Kreisverbände sind aufgefordert, beauftragte für die Kommunalwahl zu benennen.

Antrag angenommen

16.4.2

Antrag:	16.4.2
Antragsbezeichnung:	Kommunales Wahlrecht
Antragsteller:	El Kourai, Ali Atalan u.a.

DIE LINKE.NRW unterstützt die bereits gestartete Kampagne der Wohlfahrtsverbände, der Landesarbeitsgemeinschaften der kommunalen MigrantInnenvertretungen und des DGB in der die Einführung des kommunalen Wahlrechts für die Nicht-Eu-BürgerInnen eingefordert wird.

Der Landesverband fordert darüber hinaus alle seine kommunalen VertreterInnen auf, sich mit den Integrationsräten vor Ort in Verbindung zu setzen und mit ihnen gemeinsam Resolutionsanträge in die Ratssitzungen der jeweiligen Kommune zur Beschlussfassung einzubringen.

DIE LINKE.NRW fordert die Kreis- und Ortsverbände auf, im Rahmen der Kampagne zum Kummunalwahlrecht für Migratinnen und Migranten vor Ort aktiv zu werden und Initiative zu ergreifen.

Begründung:

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der gesamten Bevölkerung Deutschlands beträgt heute 15,5 Millionen (in NRW 4,3 Millionen).

Deren Anteil an der gesamten Bevölkerung der Grosstädte macht heute zwischen 29 und 41 Prozent aus (Düsseldorf 35 %, Dortmund 29 %, Köln 33 %, München 35 %, Nürnberg 38 % und Stuttgart 41 %). Der Anteil der Kinder unter 6 Jahren betrug schon zum 31. Dezember 2005 in Düsseldorf 64 %, Stuttgart 64 %, Frankfurt 65 %, Nürnberg 67.

60 % haben bereits Deutsche Staatsangehörigkeit. Ca. 4,5 Millionen, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes haben, dürfen nicht bei kommunalen Entscheidungen mitbestimmen.

Schauen wir auf der einen Seite diese demografische Entwicklung und die positiven Erfahrungen mit 50 Jahren Migration in Deutschland an und auf der anderen Seite die Fehlentwicklung eines integrationspolitischen Gesamtkonzepts, aus dem das ethisch fragwürdige Miteinander resultiert, das zu zunehmender Diskriminierung vor allem bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen führt, so tritt die aktuelle Frage auf: Welche ergänzenden Überlegungen können oder müssen angestellt werden, um eine optimale gesellschaftliche Integration aller in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu erreichen?

Laut Studie der OECD (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zu Englisch: Organisation for Economic Cooperation and Development) sind die Chancen der Zuwanderer im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung nur in wenigen Ländern so schlecht wie in Deutschland. Zur Behebung dieser Umstände kann die Einführung des hier in Rede stehenden Kommunalwahlrechts einen wesentlichen Beitrag leisten. Nur wer die Möglichkeit hat, sich durch die Wahl seiner Vertreterinnen und Vertreter an der Politik vor Ort zu betei-

gen, wird ernst genommen. Diese Menschen sind dann nicht mehr Objekte des politischen Handelns, sondern gestalten das Leben in ihrem Umfeld aktiv mit. Zudem sind dann die abgestammten einheimischen Kommunalpolitiker darauf angewiesen, Kontakte zu allen

Seite 2

Menschen nichtdeutscher Herkunft bzw. mit Migrationshintergrund zu suchen und zu pflegen und sich verstärkt um Probleme dieser Menschen zu kümmern.

Vor diesem Hintergrund haben die Großstädte in NRW und darüber hinaus die Pflicht sich für die Einführung dieses Wahlrechts einzusetzen. Dass die Verleihung des kommunalen Wahlrechts an Bürger der Drittstaaten (im Sinne des Gesetzes) sinnvoll ist, zeigen die 208 deutschen Universitäts- und Hochschulwissenschaftler/innen der Bereiche Soziologie, Politik, Wirtschaft, Rechtswissenschaft, Erziehungswissenschaft und Geisteswissenschaft sowie 41 Organisationen, welche die Petition an den Deutschen Bundestag zur Einführung dieses Wahlrechts unterzeichnet haben. Diese Petition ist am 13. Februar 2006 beim Petitionsausschuss eingereicht worden, zu der eine erste öffentliche Anhörung am 18. Juni 2007 im Bundestag stattgefunden hat und zu der weitere Beratungen folgen werden.

Neben dieser Petition, die eine Ergänzung des Artikels 28 Absatz 1 Satz 3 Grundgesetz (GG) um eine Formulierung fordert, die Ausländern aus so genannten Drittstaaten ebenso wie Unionsbürgern das aktive und passive Wahlrecht auf Kommunalebene gewährt, und der Kampagne der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in NRW (LAGA NRW) und anderen Organisationen hat auch die Klausel im Nationalen Integrationsplan, „die Bundesregierung verpflichtet sich, die Einführung des kommunalen Wahlrecht für Migranten aus Nicht-EU-Staaten zu prüfen“, die Frage der politischen Partizipation auf dieser Ebene ins Bewusstsein der Politik und der Öffentlichkeit näher gerückt.

In klassischen, europäischen Einwanderungsländer gibt es seit Jahrzehnten kommunales Wahlrecht für dort lebenden Migrantinnen und Migranten. So wurde dies in Irland schon 1963 eingeführt, in Schweden 1975, in Dänemark 1982, in Norwegen 1983, in den Niederlanden 1986, in Finnland 1991 und in Belgien seit 2006. Auch in der Schweiz gibt es in einigen Kantonen kommunales Wahlrecht für Ausländer. In Großbritannien können Migranten aus den Commonwealth Ländern, den ehemaligen englischen Kolonien, auch ohne britische Staatsbürgerschaft aktiv und passiv sogar an Nationalwahlen teilnehmen.

Der Europarat mit seinen 43 Mitgliedsländern fordert seit Jahren, allen Ausländern mit legalem Aufenthaltsrecht, unabhängig von der Nationalität das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene zuzusprechen. Und das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1990 entschieden, dass ein kommunales Wahlrecht auch für Migrantinnen und Migranten nach einer Änderung des Grundgesetzes möglich ist.

Unabhängig von oben erwähnten Bemühungen hat auch die Regierungskoalition aus CDU/CSU und SPD bereits 2005 im Koalitionsvertrag vereinbart, das kommunale Wahlrecht für alle lange hier lebenden Migrantinnen und Migranten zu prüfen. Es muss jetzt darum gehen, dass einzelne Landesregierungen sich dieses Anliegen annehmen. NRW sollte seine Tradition als Vorreiter in Integrationsfragen bewahren und dabei an der Spitze stehen.

Antrag angenommen

16.7

Antrag:	16.7.
Antragsbezeichnung:	PRJ NRW
Antragsteller:	LPR Linksjugend

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

DIE LINKE. NRW unterstützt juristisch und finanziell die Bestrebungen der Linksjugend [?solid]-nrw, in den PRJ NRW aufgenommen zu werden.

Antrag angenommen

16.11

Antrag:	16.11.
Antragsbezeichnung:	Überwachung
Antragsteller:	KV Gütersloh

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

Bekämpfung der Überwachung durch staatliche und/oder private Einrichtungen.

In das Programm der Partei **DIE LINKE.NRW** ist eine klare Absage an jegliche Überwachung der Privatsphäre durch staatliche und/oder private Einrichtungen aufzunehmen und dies ist politisch umzusetzen.

U. a. sind dies:

- Keine Totalprotokollierung von Telefon, Handy und Internet (Vorratsdatenspeicherung)
- Keine geheime Durchsuchung von Computern.
- Stopp der Videoüberwachung des öffentlichen Raumes und einer automatischen Gesichtskontrolle.
- Stopp von Biometrie und RFID-Chips in Ausweisen und Pässen.

- Keine nationale/internationale Übermittlung von persönlichen Daten.
- Kein automatischer Kfz-Kennzeichenabgleich.
- Keine zentrale Speicherung von Personendaten.
- Auskunftsrecht über alle gespeicherten Daten.

Begründung:

Die Überwachung hat in Deutschland leider schon eine sehr lange Tradition. Angefangen mit der Geheimpolizei im preußischen Staat, über die Gestapo des Reinhard Heydrich, bis hin zur Stasi des Erich Mielke.

In zunehmendem Maß greifen auch Heute wieder staatliche und private Einrichtungen in die persönlichen Freiheiten der Bürger ein. Es gibt ein immer größer werdendes Interesse an den persönlichen Daten des Einzelnen, sei es aus staatlichen, sicherheitstechnischen, oder auch aus wirtschaftlichen Interessen. Nicht nur der „große Bruder“ Staat hat ein Interesse an persönlichen Daten, auch der „kleine Bruder“ Wirtschaft interessiert sich sehr dafür.

Durch Vorratsdatenspeicherungen werden u. a. auch alle Bewegungsdaten aufgezeichnet. Damit wird es dann möglich, jede Bewegung von Personen (Handybesitzern) aufzuzeichnen. Jede Telefonnummer und jede Internetverbindung wird noch nach Monaten und Jahren nachvollziehbar sein.

Laut Grundgesetz hat das öffentliche Interesse an der Wohnungstür zu enden (Grundrechte: Unverletzlichkeit der Wohnung, Post- und Fernmeldegeheimnis). Das wird nicht mehr so sein, wenn die privaten Computer, heimlich durch die digitale Hintertür, ausspioniert werden. Schutzprogramme gegen solche Onlinespionage sollen ebenfalls verboten werden. Was ist dann mit den Computern von Ärzten, Rechtsanwälten und Journalisten? Wird die Onlinespionage davor halt machen? Was wird mit den gesammelten Daten geschehen? Wie wird damit umgegangen? Wie werden sie ausgewertet? Was bleibt dann noch von dem Rechtsprinzip der Unschuldsvermutung übrig?

Schon Heute wird ein Großteil des öffentlichen Raumes mit Kameras überwacht (immer zum Schutz der Bevölkerung?). Diese Überwachung muss auf **wenige**, gesetzlich festgelegte, Ausnahmen beschränkt werden. RFID-Chips* (**Chips die mittels Hochfrequenz über größere Entfernung auslesbar sind*) in Pässen lassen sich jederzeit und überall auslesen, ohne dass der Betroffene etwas davon merkt. Was ist mit den Persönlichkeitsrechten an diesen Daten? Mit automatischen Gesichtskontrollen, automatischem Kfz-Kennzeichenabgleich und RFID-Chips lassen sich schon Heute fast lückenlose Bewegungsprofile aller Menschen erstellen, speichern und abgleichen.

Der neue Personalausweis/Reisepass mit digitalem Fingerabdruck ist schon beschlossene Sache. Wann werden alle Fingerabdrücke in einer einheitlichen Datei zusammengefasst sein? Das hat es in der Geschichte Deutschlands noch nicht gegeben, dass die Fingerabdrücke **aller** Bürger gespeichert werden. Mehr Sicherheit bringt das nicht. Fast jedes Kind ist Heute schon in der Lage Fingerabdrücke zu fälschen.

Alle Krankendaten sollen zukünftig elektronisch und zentral gespeichert werden. Was geschieht mit all diesen Daten? Wie werden sie vor Missbrauch geschützt? Wer wird alles in diese Daten einsehen können, ohne das die Betroffenen davon wissen?

Leider ist es schon übliche Praxis, ohne Wissen der Betroffenen, gespeicherte Daten an andere staatliche und/oder private Einrichtungen weiter zu geben. Als Beispiele sind hier die Weitergabe von Flugpassagierdaten an internationale Dienste zu nennen, oder auch die Weitergabe der persönlichen Daten von ALG-Empfängern u.a. an militärische Dienststellen.

Georg Orwell war gestern. Die Gegenwart sieht noch viel schlimmer aus. Diesem Missbrauch muss Einhalt geboten werden. Legt den Heydrichs und Mielkes der heutigen Zeit endlich das Handwerk!

Es ist daher unbedingt notwendig alle bestehenden Überwachungsgesetze zu überprüfen und neue Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit sofort zu stoppen, wenn sie mit weiteren Grundrechtseingriffen verbunden sind.

Wir lassen uns unsere Freiheit nicht rauben, weder von irgendwelchen Terroristen, noch von den Heydrichs und Mielkes der heutigen Zeit.

Die Überwachung muss endlich aufhören. **Freiheit statt Angst.**

Antrag angenommen

16.15

Antrag:	16.15.
Antragsbezeichnung:	Treffen der LAG
Antragsteller:	9 LAG

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landsvorstand hat landesweiten Zusammenschlüssen, sowie innerparteilichen Zusammenschlüssen, die landespolitische Themen bearbeiten die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

1. Dazu findet zwei mal jährlich eine Beratung zwischen von Landesvorstand und obengenannten Zusammenschlüssen statt.
2. Zur Information der Kreisverbände, der Neumitglieder und auch der Öffentlichkeit erstellt der Landesvorstand in Zusammenarbeit mit den obengenannten Zusammenschlüssen ein Infoblatt, das die Zusammenschlüsse vorstellt, Kontaktadressen udgl. benennt.
3. Um allen Mitgliedern Zugang zu den Informationen über die Arbeit der Landespartei und damit auch der Zusammenschlüsse zu geben, schafft der Landesvorstand ein Organ der Parteiöffentlichkeit (Mitgliederinfo).

Begründung:

Innerparteiliche Zusammenschlüsse leisten wichtige, für den Landesverband unverzichtbare inhaltliche Arbeit. Die Mitglieder setzen sehr viel Freizeit und Energie dafür ein. Deshalb sollen sie nicht nur finanziell, sondern in jeder erforderlichen Hinsicht nach Maßgabe der Möglichkeiten des Landesverbandes Unterstützung erhalten.

Eine wichtige Unterstützung ist die Veröffentlichung von Terminen, Arbeitsvorhaben, Arbeitsergebnissen und Meinungen. Internetauftritte können das nur bedingt leisten, da nicht alle Mitglieder der Partei Zugang zum Internet haben. Auch diese Mitglieder haben das Recht über die Arbeit der Landespartei informiert und in den innerparteilichen Diskussionsprozess einbezogen zu werden. Und wir können auch nicht auf das Potential dieser Mitglieder verzichten.

Antrag angenommen

16.17

Antrag:	16.17.
Antragsbezeichnung:	Webauftritte
Antragsteller:	Olaf Swillus

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landesverband DIE LINKE NRW veranlasst eine Bestandsaufnahme aller Webauftritte der Kreisverbände. Dabei sind folgende Fragen von Interesse: Welche Kreisverbände haben noch keine eigene Website. Werden die vorhandenen Websites von Einzelnen bearbeitet, oder hat sich zur Aktualisierung der Website ein Team, eine Redaktion gebildet? Auch über die Inhalte sollte etwas aus dem Bericht zu erfahren sein: Werden auf den Websites Pressemitteilungen der Vorstände dokumentiert, oder gibt es auch Berichte von weiteren Mitgliedern oder Lesern? Wie steht es mit der Interaktivität? Welche Erfahrungen gibt es z.B. mit Foren oder Weblogs? Und schlussendlich: Mit welchen technischen Mitteln werden die Websites gestaltet.

Nach Abschluss dieser Bestandsaufnahme lädt der Landesverband, die Bearbeiter und die Web-Verantwortlichen, aber auch Vertreter der Kreisverbände, die noch keine Website haben, zu einem Erfahrungsaustausch ein. Der Landesverband soll dieses Treffen ausrichten, dass heißt: organisatorisch und finanziell unterstützen.

Begründung:

Ziel sollte sein, dass jeder Kreisverband eine Website bekommt, die von jedem dazu ausersehenen Menschen mit Inhalten beschickt werden kann. Diese sollten sich ganz auf Inhalte konzentrieren können, anstatt sich mit der Technik rumärgern zu müssen. Sogenannte „Content-Management-Systeme“, wie z. B. Typo3 ermöglichen das. Der Landesverband sollte bei der Auswahl der technischen Mittel den Kreisverbänden zur Seite stehen, aber auch redaktionelle Fähigkeiten unterstützen, zum Beispiel durch Schreibwerkstätten oder Weiterbildungen.

Das kann nicht einfach nur von oben herab geschehen, sondern die Leute vor Ort sollten zusammengebracht und mit einbezogen werden:

- 1.) um sie von den Vorteilen der CMS-Systeme zu überzeugen,
- 2.) um den vor Ort vorhandenen Sachverstand zu nutzen, und Erfahrungen mit verschiedenen Systemen zu sammeln und auszutauschen.
- 3.) um Websites mit Wieder-Erkennungswert für die LINKE.NRW zu erreichen.

Antrag angenommen

16.18

Antrag:	16.18.
Antragsbezeichnung:	Beschluss-Kontrolle
Antragsteller:	Olaf Swillus

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird gebeten, alle Beschlüsse des Landesparteitages, die als Arbeitsaufträge an den Landesvorstand anzusehen sind, tabellarisch aufzulisten. Gegen Ende einer Periode soll diese Tabelle dem Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes beiliegen, ergänzt um den Umsetzungs-Stand der jeweiligen Beschlüsse oder Vorhaben. Wenn Beschlüsse nicht umgesetzt werden konnten, ist dies zu begründen. Aber auch Empfehlungen, wie weiter vorgegangen werden kann, sind erlaubt. Nach derzeit geltender Satzung § 20 (2) gibt sich der Landesvorstand eine Geschäftsordnung. Der Landesvorstand wird gebeten dieses Vorgehen in seiner Geschäftsordnung aufzunehmen.

Begründung:

Die Delegierten eines folgenden Landesparteitages sollen in die Lage versetzt werden Probleme zu erkennen, die bei der Umsetzung von beschlossenen Vorhaben aufgetreten sind. Auch soll verhindert werden, dass Beschlüsse, die nicht umgesetzt wurden, einfach in Vergessenheit geraten. Falls etwas nicht wie geplant durchführbar ist, lassen sich daraus Lehren ziehen und eventuell Alternativen finden.

Dieser Antrag könnte auch als satzungsändernder Antrag formuliert werden, indem dieses Verfahren in § 20 der geltenden Satzung eingefügt würde. Darauf habe ich aber bewußt verzichtet, denn eine Satzung sollte nicht durch zu viele Selbstverständlichkeiten überladen werden. Dieses Vorgehen ist Standard bei vielen Organisationen, ohne dass es ausdrücklich in den jeweiligen Satzungen erwähnt wird.

Antrag angenommen

16.19

Antrag:	16.19.
Antragsbezeichnung:	SALZ
Antragsteller:	KV Dortmund

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

- 1) DIE LINKE. NRW unterstützt die Bildungsgemeinschaft SALZ beim weiteren Aufbau flächendeckender Strukturen.
- 2) DIE LINKE. NRW empfiehlt den NRW-Kreisverbänden die Bildungsgemeinschaft SALZ ebenfalls zu unterstützen.
- 3) DIE LINKE. NRW empfiehlt den NRW-Kreisverbänden auch die Bildungsangebote von SALZ zu nutzen, insbesondere die Angebote von SALZ, zu verschiedenen Bildungsbausteinen Teamerinnen und Teamer für die politische Bildungsarbeit vor Ort auszubilden.

Begründung:

Die Bildungsgemeinschaft SALZ e. V. (Soziales, Arbeit, Leben & Zukunft) wurde am 09.07.2005 als WASG-nahe politische Bildungseinrichtung gegründet. Am 18.02.2006 wurde die Bildungsgemeinschaft SALZ vom Landesrat der WASG „als eine der in NRW agierenden WASG-nahen Bildungseinrichtungen anerkannt“.

Die Bildungsgemeinschaft gliedert sich in ein Kulturprojekt, einen wissenschaftlichen Beirat, eine Schirmherrenschaft und einen ReferentInnenpool. Als Schirmfrauen und –herren fungieren Inge Höger, Jakob Moneta und Prof. Dr. Peter von Oertzen.

Zur Zeit wird erfolgreich der flächendeckende Aufbau der Bildungsgemeinschaft vorangetrieben. Salz-Strukturen gibt es bereits in Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Hessen, Saarland und in NRW. Die regionalen Gliederungen heißen Bildungskreise und entsprechen den *Rosa-Luxemburg-Clubs* der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). In NRW konnten bisher schon regionale Bildungskreise in *Bonn (Bonn/Rhein-Sieg)*, in *Dortmund (Hamm/Kreis Unna/Kreis Soest/Sauerland)*, in *Köln* sowie in *Ostwestfalen-Lippe* und *Heinsberg - Roermond* gegründet werden.

Die Bildungsgemeinschaft SALZ ist ausschließlich auf eine an emanzipatorischen Zwecken und Zielen orientierten Bildungsarbeit ausgerichtet. Die Bildungsarbeit von SALZ zielt darauf ab, die alten emanzipatorischen Hoffnungen der Arbeiterbewegung aufzugreifen, zu erneuern und fortzuentwickeln. Zu den Arbeitsschwerpunkten der politischen Bildungsarbeit gehören hierbei besonders die Auseinandersetzungen mit Positionen zur Erlangung armutsfester und zukunftssicherer sozialer Sicherungssysteme wie auch internationaler Fragestellungen, hierbei insbesondere Frieden, Internationalismus und Menschenrechte. SALZ will ein privilegierter Ort fruchtbarer linker Bildungsarbeit werden. Das Engagement von SALZ gründet sich hierbei auf Demokratie, Pluralismus, Toleranz sowie ein antineoliberales Grundverständnis.

Die thematischen Arbeitsschwerpunkte von SALZ liegen zurzeit in folgenden Bereichen:

- Befähigung zu politischer Arbeit

- Politische Theorie, Systemkritik und Gesellschaftskritik
- Demokratie. Arbeiterbewegung, soziale Bewegungen, direkte Demokratie
- Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik
- Rechtsextremismus

Bei SALZ werden alternative Möglichkeiten zum Mainstream herrschender Politik erforscht, erarbeitet und in Bildungsseminaren weiter entwickelt. Aktuell entwickelt SALZ u. a. Bildungsbausteine zur Bahnprivatisierung, zur Einheitskasse (Gesetzliche Krankenversicherung) sowie zur Pressearbeit und Rhetorik. Eine der großen Herausforderungen der unmittelbaren Zukunft sieht SALZ in der Analyse des Bildungsbedarfs und der Realisierung entsprechender Bildungsangebote für die bevorstehenden Kommunal-, Landtags- und Europawahlen.

Zuweilen werden auch Vorbehalte gegenüber der Bildungsgemeinschaft SALZ geäußert. Diese Vorbehalte sind jedoch unbegründet. SALZ versteht sich **nicht** als Konkurrenz zur Rosa-Luxemburg-Stiftung, sondern als basisorientierte Ergänzung.

Die Bildungsgemeinschaft SALZ ist geprägt von einer offenen, pluralistischen Haltung. Dies bedeutet, dass sich links-pluralistische Ansichten ohne Ausgrenzungen im Spektrum von SALZ wieder finden. Dies betrachtet SALZ als eine Stärke ihrer Bildungsarbeit. Geleitet von diesem Grundverständnis strebt SALZ eine solidarische Zusammenarbeit mit anderen Bildungsträgern bzw. Kooperationspartnern an, dies gilt auch und in allererster Linie für die Zusammenarbeit mit der RLS.

„Die Gründung der WASG war ein Aufbegehren gegen die Anpassung an neoliberale Politik, und dieser wichtige Teil der WASG-Identität muss in die Schaffung einer neuen gemeinsamen Partei der Linken eingebracht werden.“ (Jakob Moneta) Auch die Bildungsgemeinschaft SALZ sieht ihre Wurzeln im Aufbruch der WASG; insoweit gehört auch SALZ zum gemeinsamen Erbe des Projektes einer neuen LINKEN. Auf Basis dieses Fundaments wird jetzt konsequent der weitere Aufbau der Bildungsgemeinschaft betrieben. Hierbei unterstützt DIE LINKE. NRW die Bildungsgemeinschaft SALZ.

Antrag angenommen

16.20

Antrag:	16.20.
Antragsbezeichnung:	Finanzierung Delegierte
Antragsteller:	Wolfgang Huste

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

"Kein Mitglied unserer Partei darf wegen einer möglichen, individuellen, prekären Situation in seiner Parteiarbeit benachteiligt werden. Demnach muss der Landesvorstand Sorge dafür tragen, dass ein entsprechender, finanziell gut ausgestatteter "Notfond" für diese Mitglieder zur Verfügung steht, damit auch finanziell schlechter gestellte Mitglieder an der Parteiarbeit aktiv teilnehmen können".

Begründung: Unser programmatischer Anspruch lautet sinngemäß, dass jeder Mensch, unabhängig von seiner finanziellen Situation, seiner Herkunft, seines Geschlechtes usw. unentgeltlichen Zugang zu Bildungsressourcen und zur politischen Teilhabe bekommen soll.

Es wäre ein eklatanter Widerspruch zu unserem politischen Selbstverständnis, wenn wir in unseren eigenen Reihen hier anders verfahren würden.
So müssen Fahrt- und eventuell auch Übernachtungskosten vom Landesvorstand übernommen werden, wenn zum Beispiel Delegierte diese Kosten nicht aus "eigener Tasche" bezahlen können.

Ansonsten hätten wir "Delegierte der 1. und 2. Klasse", also Mitglieder, die sich eine weitere Anfahrt "leisten" können, und eine "Delegiertenklasse", der das aus finanziellen Gründen nicht möglich ist.

Unter "Delegierte" verstehe ich offiziell von einer LAG, oder Bundesarbeitsgemeinschaft oder auch von einem Kreis beauftragte Mitglieder mit einem entsprechendem Mandat. Wenn ein Kreisverband die anfallenden, entsprechenden Kosten nicht selbst tragen kann, so werden die Kosten aus einem solchen "Notfond" beglichen.

Antrag erledigt durch Annahmen von 16.19

16.22

Antrag:	16.22.
Antragsbezeichnung:	Kampagnen-Team
Antragsteller:	KV Soest

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

DIE LINKE. NRW soll politisch tätig werden!

Beschlusstext:

Der (Übergangs-)Landesvorstand DIE LINKE. NRW wird aufgefordert politisch tätig zu werden. Ein Kampagnen-Team soll im Landesvorstand eingerichtet werden.

Begründung:

Guckt man ins Internet, findet man sehr interessante landespolitische Kampagnen wie

- „Bildung für alle“
- „Rettet die Sparkassen!“ und
- „HÄNDE WEG von Stadtwerken & kommunalen Unternehmen!“

Leider handelt es sich um die Internetseite der SPD NRW.
Bei der LINKEN in NRW herrscht *hoffentlich* nur die Ruhe vor dem Sturm.

Die Landessprecherin und der Landessprecher sollen darauf achten, dass uns die SPD nicht in der öffentlichen Wahrnehmung links überholt. Ein Kampagnen-Team im Landesvorstand sollte eingerichtet werden, welches sich auf die inhaltliche Arbeit und PR konzentriert.

Wir haben doch einen großen Übergangslandesvorstand mit 24 Mitgliedern. Im Landesvorstand sollte eine angemessene Arbeitsteilung zwischen organisatorischer und inhaltlicher Arbeit vorgenommen werden.

Es ist verständlich, dass die Verschmelzung und Konstituierung der LINKEN in NRW Kräfte kostet, es kann aber nicht sein, dass die Außenwirksamkeit dabei vernachlässigt wird. Wir sind eine Partei und keine Bürokratie. Wir brauchen Äktschen!

Antrag verwiesen an die KreissprecherInnentagung

16.23

Antrag:	16.23.
Antragsbezeichnung:	Materialversand
Antragsteller:	KV Soest

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

MATERIALIENVERSAND

Beschlusstext:

Der Bundesausschuss, der Parteivorstand und der Landesvorstand NRW sorgen dafür, dass von der Bundes- und Landespartei erstellte Info- und Werbe-Materialien in die Kreisverbände geschickt werden.

Begründung:

In kleinen Kreisverbänden wie dem unseren sind die personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen sehr begrenzt. Eigenproduktion von Materialien ist uns nur äußerst begrenzt möglich.

Unsere Ressourcen sind besser in politische Arbeit und Mitgliedergewinnung zu investieren als in organisatorischen Aufwand. Materialien, die in Düsseldorf - 150 km weit weg - im Landesbüro liegen, helfen uns nicht. Die Materialien abzuholen ist zeitaufwändig und nicht gerade klimafreundlich.

Es ist verständlich, dass der Versand bisher finanziell und personell von den Landesbüros von ehemaliger Linkspartei und WASG nicht zu schaffen war. Hieran muss aber gearbeitet werden.

Teilweise war uns noch nicht einmal bekannt, dass Materialien (z.B. zur Gemeindeordnung – Gegen „Privat vor Staat“) existierten. Die Information der Kreisverbände ist deshalb auch zu verbessern. Es könnte ein Info- und Bestellsystem der Landes- und Bundespartei im Internet entstehen.

Antrag verwiesen an die KreissprecherInnentagung

16.24

Antrag:	16.24.
Antragsbezeichnung:	Mindestlohnkampagne
Antragsteller:	KV Soest

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

MINDESTLOHN-KAMPAGNE 2.0

Beschlusstext:

Der Landesvorstand NRW, der Bundesausschuss, der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion sind aufgefordert an der Weiterführung der Mindestlohnkampagne zu arbeiten. Es sollen weitere aktuelle Materialien erstellt und den Kreisverbänden zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Der Gründungsparteitag DIE LINKE hat am 16. Juni 2007 beschlossen: „DIE LINKE macht Druck für die Durchsetzung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns von 8 EURO + je Stunde. Die Mindestlohnkampagne wird fortgesetzt. Alle Parteigliederungen sind aufgefordert, die Forderung weiterhin gezielt in die Öffentlichkeit zu tragen.“

Wenn das Thema Mindestlohn nur noch ein Dauerthema unter vielen ist, kann man nicht mehr von einer Kampagne sprechen. Es soll an einer Neuauflage und Planung für die Weiterführung der Mindestlohnkampagne gearbeitet werden, die den Namen Kampagne verdient. Das Thema Mindestlohn muss auch während der kommenden Anti-Privatisierungskampagne seinen Platz haben.

Die Mindestlohnkampagne wurde bisher von der Bundestagsfraktion getragen. Die Mindestlohn-Zeitung der Fraktion stammt aber vom April/Mai 2006. Zum 1. Mai 2007 gab es die Zeitung der Bundesarbeitsgemeinschaft „betrieb & gewerkschaft“ zum Thema Mindestlohn.

Es müssen neue aktuelle Materialien erstellt werden. Diese müssen in die Kreisverbände geschickt werden. Materialien, die in Düsseldorf - 150 km weit weg - im Landesbüro liegen, helfen uns nicht. (Die Materialien der Fraktion und der „b & g“ haben wir problemlos bekommen.)

In kleinen Kreisverbänden, wie dem unseren, sind die personellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen sehr begrenzt um eine Kampagne und weitere (auch lokale) Themen zu bearbeiten. Deshalb ist ein Appell ausschließlich an unsere Selbstaktivität zu dem Thema Mindestlohn zu wenig. Eigenproduktion von Materialien ist uns nur sehr begrenzt möglich.

Wir sind (zumindest im Westen) noch eine kleine Partei (kleiner als Grüne oder FDP). Die Medien sind uns LINKEN in Deutschland nicht immer wohl gesonnen. Wir können nur Themen in die öffentliche Diskussion tragen, wenn wir für eine bundesweite Kampagne der LINKEN sorgen.

Antrag angenommen

16.26

Antrag:	16.26.
Antragsbezeichnung:	Werbung
Antragsteller:	KV Soest

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

Werbung weiblicher Mitglieder

Beschlusstext:

Der Landesvorstand NRW wird aufgefordert Werbeaktionen und Materialien für die Gewinnung weiblicher Mitglieder zu erarbeiten, zu produzieren und den Kreisverbänden bereit zu stellen. Für die Konzipierung der Werbeaktionen und Materialien sind die mit Frauenfragen befassten anerkannten Zusammenschlüsse zu beteiligen.

Begründung:

Der Frauenanteil der Mitgliedschaft in NRW ist zu gering.

Antrag angenommen

(Zur Beratung an AG LISA verwiesen)

16.27

Antrag:	16.27.
Antragsbezeichnung:	Verkopplung von Bildungspolitik
Antragsteller:	LAG Bildung

Antrag an den Gründungsparteitag der LINKEN. NRW am 20./21.10.2007 in Gladbeck

Der Parteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Verkopplung von Bildungspolitik an den einzelnen Orten mit der Landespolitik zu organisieren. Dazu gehören

- ein Konzept zur Transformation des gegliederten Schulwesens in die „Eine Schule für Alle“;
- ein Konzept für den Umgang mit den stark rückläufigen Schüler/innenzahlen auf Ortsebene und den Schlüssen, die aus dieser Entwicklung für Schul- und Bildungspolitik gezogen werden müssen;
- eine Qualifizierungsoffensive in der Partei, die die Genossinnen und Genossen in den Kommunen und Kreisen in die Lage versetzt, unsere schul- und bildungspolitischen Positionen auch am Ort zu vertreten und in der kommunalen Politik (z.B. in der Schulentwicklungsplanung; z.B. in der frühkindlichen Erziehung oder der frühkindlichen Sprachförderung) umzusetzen;
- die Entwicklung von Fortbildungsmodulen zu den einzelnen Bausteinen unserer Bildungspolitik bzw. einen Referent/innen- oder Expert/innenpool;
- ein Konzept zur Hochschulbildung, das in Zusammenarbeit mit den Hochschulgruppen entwickelt werden soll.

Die Orts- und Kreisverbände werden beauftragt,

- jeweils mindestens eine/n Bildungsbeauftragten zu benennen, der in die LAG Bildung entsandt wird;
- einen lokalen Plan zur Schul- und Bildungspolitik der LINKEN zu erstellen.
- Orts- und Kreisverbände mit Hochschulstandort bzw. deren Hochschulgruppen (sofern vorhanden) sollen mindestens eine/n Beauftragte/n für Hochschulbildung benennen, der in der LAG Bildung entsandt wird.

Begründung:

In den kommenden Jahren wird Schul- und Bildungspolitik eine zentrale Rolle in der Landes- und Kommunalpolitik einnehmen. Die Synchronisierung der verschiedenen bildungspolitischen Aktivitäten innerhalb der Ebenen der Partei steht dabei am Anfang. Damit an einem Strang gezogen wird, müssen auch die verschiedenen Gruppen wie Kommunalpolitisches Forum, Jugendverband und Hochschulgruppen in die Anstrengungen einbezogen werden.

Wir stehen inhaltlich für „Eine Schule für Alle“ und für umfassende Bildungs- und Qualifikationsförderung auf allen Ebenen, von der Elementarerziehung bis hin zur beruflichen Bildung.

Diese Politik wird zunehmend vor Ort umgesetzt durch Schulentwicklungsplanung, durch die Möglichkeiten und Vorschriften des neuen Schulgesetzes, aber auch durch Kinder- und Jugendpolitik sowie durch die begleitende Sozialpolitik.

Das stellt unsere kommunalpolitisch involvierten Mitglieder vor große Herausforderungen:

1. die allgemeinen Grundsätze zur Bildungspolitik auf die besonderen Bedingungen, die politischen Konstellationen und den demographischen Wandel in den einzelnen Orten zu beziehen
2. Ortsspezifische Strategien zur Umsetzung dieser Konzepte zu entwickeln.

Zudem werden unsere bildungspolitischen Forderungen auf Ortsebene zunehmend mit den sozialen Forderungen verknüpft (kostenloses gesundes Schulmittagessen, kostenlose Ganztagsgrundschule), so dass wir tatsächlich für die Kommunalwahlen 2009 in der Lage sind, ein Konzept vorzulegen, das die schulischen Erfolge von Kindern und Jugendlichen unabhängig von der sozialen Lebenslage der Familie verbessern hilft.

Dazu bedarf es allerdings einer umfassenden Qualifizierung der Genossinnen und Genossen, die dieses Konzept vor Ort im Wahlkampf vertreten müssen. Der von CDU und FDP bereits begonnene „Kulturkampf“ zur Schulstrukturfrage lässt erahnen, mit welchen Vorurteilen, Halbwahrheiten und Verleumdungen dieser Wahlkampf geführt werden wird.

Insofern ist es dringend erforderlich, sofort mit der Qualifizierungsoffensive zu beginnen, die über einen Pool von Referent/innen und über Fortbildungsmodule, die die LAG Bildung erstellen wird, umgesetzt werden kann.

Antrag mit der Bitte um Änderungen an AntragstellerIn zurück verwiesen

INI 10

Initiativantrag Nr. 10 Neu: Punkt Nr. 4 fällt weg.

Marc Treude u.a.

Solidarität mit dem Streik der Lokführer!

Der Landesparteitag der Linken.NRW erklärt seine Solidarität mit den streikenden Lokführern und ruft seine Gliederungen zur Unterstützung ihres Kampfes auf

1. Die Forderungen nach deutlicher Lohnerhöhung und besseren Arbeitszeiten sind angesichts von mehr als 10% Reallohnverlust bei gleichzeitiger Mehrarbeit in den letzten Jahren mehr als berechtigt.
2. Die skandalösen Gerichtsurteile mit Streikverbot und Streikeinschränkung sind auf das Schärfste zu verurteilen. Wir betrachten diese Urteile als Affront auf alle Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Wir fordern die volle (Wieder-) Herstellung des Streikrechts – auch und grade dort, wo es weh tut.
3. Die Privatisierung der Bahn ist sofort zu stoppen, eingeleitete Schritte sind rückgängig zu machen. Wir betrachten den konfrontativen Kurs des Bahn-Managements gegen die Lokführer als Versuch die Bahn möglichst billig und lukrativ für private Investoren zu machen.
4. *Die Linke. NRW verurteilt den unsolidarischen Kurs der Gewerkschaft Transnet und stellt sich auf den Boden entsprechender Beschlüsse des ver.di - Bundeskongresses (H 157).*
5. Eine Niederlage der Lokführer würde einen weiteren Dammbbruch der Verteidigung sozialer Errungenschaften in Deutschland bedeuten; ein Erfolg kann hier eine Trendwende einleiten und auch den Privatisierungskurs bremsen. Im Rahmen konkreter Unterstützung des Streikes treten wir für die Perspektive des gemeinsamen Kampfes aller Bahnbeschäftigten ein.

(Die benötigten weiteren Unterschriften liegen im Original vor)

Antrag erledigt durch Streikende